



Nehmt sie doch bei euch selbst auf! Ein Plädoyer für Flüchtlingspatenschaften



Als gestern bei der Abschiebeshow der Kanzlerin 34 abgelehnte Asylbewerber in ein Flugzeug nach Afghanistan gesetzt wurden, war die Empörung groß. Auf dem Frankfurter Flughafen lief ein wütender Mob auf, eine Mischung aus Gut- und Wutbürgern, die ihre Bereicherungen nicht hergeben mochten. Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günther Burkhard, [beschwerte sich in den Tagesthemen](#), die ihrerseits über die Ausrichtung der Berichterstattung Schützenhilfe leistete. Afghanische Hindus stellten sie vor, die schön folkloristisch rausgeputzt als *Pars pro toto* für die Abgeschobenen herhalten mussten (Foto). Diese klagten über religiöse Verfolgung in Afghanistan (Anm.: von welcher Religionsgemeinschaft eigentlich?) und über den armen Samir, der in vier Jahren Deutschland sein ganzes Afghanisch vergessen habe und in Afghanistan auch keinen mehr kennt.

Georg Restle wies im anschließenden Tagesthemen-Kommentar (bei 12:18 min.) darauf hin, dass Deutschland sicher sei und Afghanistan nicht und dass deshalb die Abschiebungen sofort gestoppt werden müssten (logisch zu Ende gedacht hieße das auch, die afghanische Gesamtbevölkerung in einer Luftbrücke nach Deutschland zu evakuieren. Diese Konsequenz forderte Restle nicht ein).

Viele gute Menschen also, „die schon länger hier wohnen“, und denen ihre „Menschengeschenke“ so mir nichts dir nichts plötzlich genommen wurden. All denen – und auch den Abgeschobenen – könnte geholfen werden. Die mit Menschen Beschenkten und um ihre Geschenke Betrogenen sollten das Recht erhalten, jeden, aber auch wirklich jeden behalten zu dürfen, den sie wünschen. Die Lösung könnte eine Patenschaft für Flüchtlinge sein, die im Folgenden kurz skizziert werden soll:

1. Der Pate müsste grundsätzlich bereit sein, für einen Zeitraum von zehn Jahren sämtliche anfallenden Kosten für seinen Schützling (oder „Schutz Suchenden“) zu übernehmen, die sonst „der Staat“ bezahlen muss, also alle anderen. Dazu gehören erst einmal Unterkunft, Essen, Kleidung, Kosten für Sprachkurse und Ausbildung etc.

2. Für Kranken- Unfall- und Haftpflichtversicherung sollten die Paten nur die Beiträge übernehmen müssen, allerdings je einen Jahresbeitrag vorweg einzahlen, da die Refugees in der Regel vorher nie eingezahlt haben. Das ist nur gerecht.

3. Auch die Aufwendungen bei Kriminalität, angefangen bei dem Aufwand für Strafverfolgung, über Dolmetscher-, Gerichts- und Anwaltskosten, bis hin zur Unterbringung im Gefängnis zählen hierzu. Ferner alle Maßnahmen zur Resozialisierung.

Niemand muss jetzt natürlich Angst bekommen, denn diese Verpflichtung besteht sozusagen nur auf dem Papier, theoretisch. Denn wie wir wissen, ist die Kriminalität bei den Refugees ja nicht größer als bei den Deutschen.

Und wo wir schon bei den Bedenken sind: Auch die Kosten für die Ausbildung dürften gering ausfallen, da unisono die Flüchtlingshelfer vom Fleiß und Lernwillen der Refugees schwärmen. Unsere Wirtschaft braucht doch auch dringend Fachkräfte, also kein Problem, die Arbeit Suchenden in Lehrstellen unterzubringen (oder als Fernfahrer z.B.). Sollte es Schwierigkeiten geben, weil der Arbeit- und Schutzsuchende am Arbeitsplatz z.B. mehrfach am Tag beten muss (weil das sein Glaube so verlangt), sollte der Pate dafür Verständnis aufbringen. Binnen kurzer Zeit wird sich sicher eine andere Arbeit finden lassen, die zu dieser Taktung kompatibel ist. Was das Essen anbelangt, ist bekannt, dass die Flüchtlinge in ihrer Gastfreundschaft das Wenige, was sie besitzen, gerne mit den Gastgebern teilen und – ganz nebenbei – oft auch super kochen können. Man bekommt also auch etwas zurück, man ist nicht nur Gebender, sondern auch Beschenkter.

4. Um die Aufwendungen auch sicherzustellen, müsste der Pate zu Beginn der Patenschaft eine Kautions stellen, sagen wir 100.000 Euro. Das hört sich erst einmal viel an, aber er kriegt das Geld ja in zehn Jahren zurück. Wenn es um Leben und Tod geht und um Verfolgung oder um fehlende Lebensperspektiven, sollte die neue Einbauküche doch etwas warten können oder man verkauft das Ferienhaus in der Türkei oder das in der Toskana. Schon ist das Geld da für den guten Zweck.

5. Damit eine Flüchtlingspatenschaft auch für den einfachen Arbeiter von der Straße erschwinglich wird, sollten sich mehrere Personen in Kooperativen zusammenschließen und gemeinsam Gesicht und Solidarität zeigen dürfen. Wenn sich so 20 zusammentun, zum Beispiel ein Kirchenvorstand und die Mitarbeiter des Eine-Welt-Ladens, so sind es nur noch 5000 Euro, mit denen man haftet, also nichts für ein Menschenleben.

6. Wenn die 100.000 Euro vor dem Ablauf von zehn Jahren aufgebraucht werden (rein theoretisch), müsste der Schutzsuchende dann allerdings abgeschoben werden. Dies erhöht

den Druck auf alle Seiten, wirtschaftlich mit dem Kautionsgeld umzugehen. Indem es ums eigene Geld geht, werden aber sämtliche Mechanismen der Marktwirtschaft in Bewegung gesetzt, um Kosten zu vermeiden und den Refugee schnell in Brot und Arbeit zu bringen. Man wird also zusehen, dass die Kaution nicht zu stark beansprucht bzw. erst gar nicht angetastet wird.

Eine solche Regelung sollte alle Beteiligten zufriedenstellen und deshalb als Gesetzesvorlage überall dort von der AfD eingebracht werden, wo es möglich ist. Jeder könnte dann sofort helfen, wenn eine Abschiebung droht und sich vorher als Pate melden. Man sollte sogar – wieder auf eigene Kosten, versteht sich – zusätzliche Flüchtlinge nach Deutschland holen dürfen, z.B. in einer Luftbrücke aus dem gefährlichen Afghanistan und sie dann nach dem Patenmodell hier schützen dürfen. Szenen aus Trauer und Wut wie gestern am Frankfurter Flughafen würden dann der Vergangenheit angehören und Flüchtlinge wie auch schon länger hier Wohnende bekämen das, was sie wollen und verdienen.